

aufgehoben des Reparationskönig's Kohlen und Rohr zu liefern, jetzt sei aber klar, daß die Reichsregierung selbst den deutschen Botschafter beauftragt habe, der französischen Regierung ein vertragliches Gesicht zu gewinnen der deutschen Großindustrie vorzuschlagen.

Der Vorwurf, der in diesen Behauptungen Voincarts nicht nur für Hugo Stinnes und Silberberg, sondern auch für das Kabinett Cuno liegt, ist so schwer, daß die Reichsregierung nicht umhin kann, sich schleunigst dazu zu äußern. Aber auch der Reichstag hat dringenden Anlaß, die Angaben zu untersuchen. Hier muß wohl Nachhol geschaffen werden. Die Reichsregierung darf nicht den Verdacht auf sich sitzen lassen, daß sie eine Schiedung unterstützt habe, durch die das ganze Volk zum Vor teil einiger Milliardäre schwer geschädigt worden sei.

#### Landesverrat in Handelskreisen?

Gegner Dreditbericht des Berliner Tageblatts

Berlin, 1. März.

Einzelne Firmen des besetzten Gebietes sollen sich in unverantwortlicher Weise an die völkerrechtswidrigen französischen Bewilligungsstellen gewendet haben und nach Bezahlung einer 10prozentigen Abgabe in deren Räumen verschwunden, mit französischer Unterstützung Waren nach dem unbefestigten Gebiet zu bringen. Auf Seiten der deutschen Behörden besteht die Absicht, derartige Waren, die mit Unterstützung der französischen Bewilligungsstellen oder nach Bezahlung von Abgaben in französische Räumen in das unbefestigte Gebiet gelangen, bei Einführung in das unbefestigte Gebiet vorbehaltlich einer weiteren Strafverfolgung des Absenders zu beschlagnahmen und zu Gunsten des Reiches für Verfallen zu erklären. Die Namen der landesverrätrtischen Absenderfirmen werden außerdem veröffentlicht werden.

#### Valdige Auslegung der Goldanleihe

Dreditbericht unserer Berliner Schriftleitung

In der heutigen Sitzung des Haupthausschusses des Reichstages wies Reichskommissar Dr. Hartmann bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Goldanleihe darauf hin, daß ein Devisenfonds gebildet werden müsse, da das Reich im Interesse der Stützung der Mark eines bestimmtens Vorates an Devisen bedürfe. In der darauf folgenden Debatte ergriff auch der Abgeordnete Helfferich das Wort, der die Regierungsvorlage zustimmte. Nicht nur die Stützungsaktion der Reichsbank habe die Besserung der Mark herbeigeführt, sondern auch die Tatsache, daß Deutschland zum erstenmal in planmäßige Weise gegen die französischen Berggewinnungen eingetreten sei, wodurch sich das bereits völlig geschwundene Vertrauen des Auslandes zu Deutschland wieder belebt habe.

Nach etwa zweistündiger Debatte wurde der Gesetzentwurf über die Goldanleihe vom Haupthausschuß angenommen. Er soll sofort an den Reichstag weitergeleitet und so schnell erledigt werden, daß mit der Auflösung der Anleihe noch vor dem 12. März begonnen werden kann.

#### Stresemann fordert Amerikas Intervention

In Dortmund hielt am Sonntag Reichsabgeordneter Dr. Stresemann eine Rede über den Rückenbruch des französischen und belgischen. Im ersten Teil erneuerte er den Vorwurf, das deutsche Volk habe seine Waffen weggeworfen und den Feinden geglaubt, sie würden einen demokratischen Deutschland nichts zuleide tun. Gegenüber betonte Stresemann, daß die Feinde jetzt in übertriebenem Maße den Militarismus betrieben, den sie uns immer zum Vorwurf gemacht hätten. Er fuhr dann fort:

„Diejenigen Mächte, die den Frieden von Versailles unterschrieben und uns verantloft haben, untersch

Waffen niedergelegen, sind moralisch verantwortlich für die heutigen Zustände in Deutschland. Sie haben nicht zu betteln und zu bitten um ihre Intervention. Wie fordern Sie, wenn es noch einen Sinn haben soll, was damals vorgegangen ist? Sie haben die Waffen nicht bedingungslos niedergelegt. Erst nachdem eine Deputierte Lanzings eingegangen war, in der alle Einzelheiten des Friedens niedergelegt waren, haben wir es getan. In jenen Präliminarien des Friedens war ganz genau festgestellt, was wir zu entzöglichen hätten. Kein Wort von dem Wohlstand stand darin, daß wir auch alle Pensionen für die Arbeiternehmer zu zahlen hätten. Erst nachträglich, als wir entzogen waren, ist es in die Friedensbedingungen hineingeschrieben worden.“

#### Der heihersehnte „Dolchstoß“

Dreditbericht unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. März.  
Auf der Tagung des Landesserverbandes Berlin der Deutschen Nationalen Volkspartei hielt am gestrigen Schluttag Graf Beckamp eine große Rede über Abwehrkampf, Einheitsfront und Zuwendigkeit einer starken Regierung. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß er als Vorausbedingungen für Verhandlungen mit Frankreich nicht nur die Räumung der neubesetzten Gebiete, sondern auch des Rheinlandes fordere, und daß er von der Regierung, mit deren bisherigem Verhalten

er im großen und ganzen einverstanden ist, eine starke Hand fordert für den Fall, daß der Reichstag in seiner Entschlossenheit wie im Juli 1917 umfällt. Er erklärte, daß die Regierung Guyn in solchem Falle nicht bedingungslos niedergelegt. Erst nachdem eine Deputierte Lanzings eingegangen war, in der alle Einzelheiten des Friedens niedergelegt waren, haben wir es getan. In jenen Präliminarien des Friedens war ganz genau festgestellt, was wir zu entzöglichen hätten. Kein Wort von dem Wohlstand stand darin, daß wir auch alle Pensionen für die Arbeiternehmer zu zahlen hätten. Erst nachträglich, als wir entzogen waren, ist es in die Friedensbedingungen hineingeschrieben worden.“

#### Die Bedingungen der sächsischen Kommunisten

Dreditbericht unserer Dresdner Schriftleitung

Dresden, 1. März.

Die Kommunisten haben, wie bekannt, die Bedingungen der Sozialdemokraten für eine Wahl zu Verhandlungen über die Regierungsbildung für ungünstig befunden und beschlossen, ihre eigenen Bedingungen zur Herstellung einer Arbeiterrégierung herauszubringen. Das ist jetzt geschehen. Diese Bedingungen sind, wie erwartet, so ausgeschlossen, daß auch der linke Flügel der sozialdemokratischen Partei, dem an einem Einverständnis mit den Kommunisten sehr viel liegt, sie nicht wird annehmen können. Die Kommunisten verlangen nun Schutz der Arbeiterrégierung die entzögunglose Beschlagnahme des gesamten Vermögens des ehemaligen königlichen Hauses, die Bildung

von Arbeiterswohnen, unter Kontrolle der Betriebsräte, das Verbot jeder monarchistischen und antirepublikanischen Agitation, die Entfernung aller Beamten der Justiz, Polizei und Verwaltung, die die Arbeiterrégierung nicht vorbehaltlos unterstützen, und die Bildung einer sächsischen Kommission beim Staatsgerichtshof.

Zu der Forderung einer auf die Betriebsräte größtmögliche Arbeiterrégierung verlangen sie, daß die Betriebsräte das Recht haben, die Arbeiterrégierung zu kontrollieren. Ein periodisch zusammenstehender Betriebsbetriebskongress soll aus seiner Mitte ein Exekutivorgan wählen, das mit der Arbeiterrégierung, den Arbeitersparteien und den Gewerkschaften beständig auf engste zusammenzuwirken hat. Dieses Exekutivorgan des Betriebsbetriebskongresses sollen von der Regierung alle Gesetze, Vorschriften und Verordnungen zu unterbreiten sein. Schließlich stellt die Kommunistische Partei ihre üblichen Forderungen auf, die, wie auch die hier genannten, durchweg gegen die Dynastie und die Reichsregierung verstoßen.

Es ist also nicht gut anzunehmen, daß der Parteivorstand der Sozialdemokratie am Sonntag diese kommunistischen Bedingungen annehmen wird.

#### Sächsischer Landtag

Nachtragsetat — Die Not der Verkehrs Institute

Dreditbericht unserer Dresdner Schriftleitung

Dresden, 1. März.

Auf der Tagungseröffnung der deutschen Schule feierte die Stadt des Reichstags zum Auftakt der 1. Sitzungsperiode der Räte und Kaufmänner 1922. Als Kapitulationsbeitrag der Räte und Kaufmänner werden 120 Millionen Mark nachgewiesen, als Kapitulationsbeitrag des Siedlungsmusters Zanderode 17 Millionen, für die Kaufmänner 14 Millionen, für die Beamten 14,5 Millionen. Schon ordnete zur Zeit des Reichstags über die Einschließung von Betriebsvereinen, Gewerbevereinigungen, Gewerkschaften usw. abzuhandeln sei sofort, als dies endet Ausbildung ihrer sozialdemokratischen Grundsätze unter den Zöglingen der Schule. Auch bei Schaffung der Weimarer Verfassung sei zweitelles nicht an die weltliche Gemeinschaftsschule, sondern an die christliche Simultan-Schule gedacht worden. Daß die Demokratische Partei die im Volle erwachsene Simultan-Schule als Gemeinschaftsschule betrachtet habe, ergebe sich aus ihrer Stellungnahme zum Religionsunterricht, der ein wesentlicher Bestandteil der Schule nach demokratischer Auffassung sein müsse. Die deutsche Kultur muß weiterhin ein Produkt auch des Christentums. Aus diesem Grunde ergebe sich also gleichfalls die Gestaltung der nationalen Schule als christliche Schule.

Politisch gelang es dem demokratischen Fronten nicht, die Gegenseite des Kompromißantrages auf der Platte und auf der Rechten gleich beim ersten Mal zu überzeugen. Interessant war das sozialdemokratische Judentum des Abg. Schrey, daß die Schwierigkeiten, ein befriedigendes Schulgesetz zu schaffen, in dem ungünstlichen Weimarer Schulprojekt lagen. Dieses ist zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Zeit geschlossen worden, als die Demokraten wegen der Unterschiede unter dem Kompromißantrag aus der Regierung ausgetreten waren. Heute müssen die Politiker wieder zusammen, was damals versäumt worden ist. Wie weit die sozialdemokratische Ankündigung ernst zu nehmen ist, das ein weiteres Entgegenkommen als das im sozialdemokratischen Antrag ausgesprochene unmöglich sei, müssen die weiteren Ausschlußverhandlungen ergeben. Trotz der Verständigung der Mittelparteien wird der Kampf noch heftig und heftig sein.

Der letzte Herausforderungsbund bildet eine sozialdemokratische Fronte mit dem Konservativen Verkehrs-Institut. Abg. Göttsch (Gos.) führt dazu aus: die Straßenbahnen hätten ihren Betrieb schon eingestellt, wie die in Bautzen, Freiberg, Görlitz, sämtlich lebten zu Einschränkungen des Verkehrs. Das bedeutet, daß die Industriestadt Görlitz eine schwere Erhöhung und Verbesserung des lokalen Wirtschaftslebens. Das Straßenbahnen müßte außerordentlich Hilfe gewähren, damit sie über die Zeit der Not hinwegkommen. Abg. Weigel sind mit der Ausfüllung der Regierung nicht einverstanden. Abg. Schrey (Brandenburg) befürwortet die Regierungserklärung als einen Standpunkt, der einen Ordnungspunkt und gleich darauf einen sozialen, als er sagt, die Regierung sollte sich darum bemühen, hier ein finanzielles Interesse abschließen, um später im Rückblick der Staatsräte im Sommer 1922 sich zu entschuldigen. Der Abg. Göttsch geht an den Haushaltswidrigkeiten.

Rechte Sitzung Dienstag, 6. März, vorläufiges

II. K. Kurz, Kurz, Kurz und António de Oliveira. Änderung und Hochrechte für Südtirol. — Für Freudenauer, 2. März, ist die Wahl des Ministerpräsidenten in Südtirol genommen.

## Der Kampf um die Schule

Berlin, 1. März.

Zum Bildungsausschuß des Reichstags hat noch längen interstaatlichen Verhandlungen hinter den Kulissen gestern der Kampf um das Reichsschulgesetz wieder neu begonnen. Es ist in der Hauptstadt ein Ringen um die drei nach der Verfassung möglichen Formen: der Bekennnisschule, der Gemeinschaftsschule und der weltlichen Schule. Im § 2 des Regierungsvorlagenwurfs werden diese drei vertretenen Schulformen gegenübergestellt. Deshalb konzentriert sich gleich die Beratung im Bildungsausschuß auf diesem wichtigen § 2 der Regierungsvorlage. Die Sozialdemokraten wollen ihre folgende Fassung geben: Die Gemeinschaftsschule ist grundsätzlich und ihrem Wesen nach unabhängig von dem Bekennnis oder der Weltanschauung der Kinder, die sie besuchen, und der Lehrer, die an ihr tätig sind. Sie ist daher für Kinder aller Bekennnisse und Weltanschauungen bestimmt; Lehrer aller Konfessionen und Weltanschauungen können an ihr unterrichten. Die Gemeinschaftsschule erteilt den Unterricht für alle diese gemeinsam aus allgemeiner städtischer Grundlage im Sinne öffentlicher Volkgemeinschaft. Bekennnisschule, Religions- oder Moralunterricht ist an den Gemeinschaftsschulen orthodoxen Lehrer. Dieser Ansatz macht also aus der Gemeinschaftsschule (Simultan-Schule) die Weltliche Schule.

Demgegenüber hatten bald Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Dänen eine Kompromißantrag geprägt, der folgendes besagt: Die Gemeinschaftsschule erteilt den Unterricht auf christlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Bekennnisse für alle Kinder gemeinsam; der Religionsunterricht wird nach Bekennnissen getrennt erteilt. Bei Besuchung der Schule auf der Gemeinschaftsschule soll auf das religiöse Bekennnis der Schule besuchenden Kinder noch Rücksicht Rücksicht genommen werden. Die Gemeinschaftsschule verliert ihren Charakter nicht dadurch, daß Lehrer an ihr tätig sind, die einem christlichen Bekennnis nicht angehören. Man sieht auf den ersten Blick, daß in diesem Kompromißantrag das Wesen der Simultan-Schule, so wie sie heute in Baden und Hessen und anderen Teilen Deutschlands praktisch besteht, umschrieben ist. Aber gerade diese praktische Ausgestaltung wird ja neuerdings von rechts und links her stärker bestimmt: von der evangelischen Orthodoxie und der katholischen

Kirche als zu weit entfernt von ihrem Ideal der Bekennnisschule, und von der Sozialdemokratie als zu weit entfernt von ihrem Ideal der religiösen Weltlichen Schule. Bei dieser Schlacht darf es also als ein besonderer Erfolg der demokratischen Kompromißpolitik gebaut werden, daß sich die genannten bürgerlichen Parteien auf eine Formulierung geeinigt haben, welche die Schulbildung und weitere Errichtung von Simultan-Schulen seitheriger Praxis ermöglicht.

Der Hauptwortschürfer dieser demokratischen Kompromißpolitik, der Abg. Weiß (Rüdersdorf), vertritt denn auch den Kompromißantrag gegenüber sozialdemokratischen Angriffen aus nachdrücklichkeit. Unter Hinweis auf die Kundgebung des Deutschen Lehrervereins betonte er, daß man in der bestehenden Simultan-Schule die nationale Einheits-Schule bestätigt habe. Auch bei Schaffung der Weimarer Verfassung sei zweitelles nicht an die weltliche Gemeinschaftsschule, sondern an die christliche Simultan-Schule gedacht worden. Daß die Demokratische Partei die im Volle erwachsene Simultan-Schule als Gemeinschaftsschule betrachtet habe, ergebe sich aus ihrer Stellungnahme zum Religionsunterricht, der ein wesentlicher Bestandteil der Schule nach demokratischer Auffassung sein müsse. Die deutsche Kultur muß weiterhin ein Produkt auch des Christentums. Aus diesem Grunde ergebe sich also gleichfalls die Gestaltung der nationalen Schule als christliche Schule.

Politisch gelang es dem demokratischen Fronten nicht, die Gegenseite des Kompromißantrages auf der Platte und auf der Rechten gleich beim ersten Mal zu überzeugen. Interessant war das sozialdemokratische Judentum des Abg. Schrey, daß die Schwierigkeiten, ein befriedigendes Schulgesetz zu schaffen, in dem ungünstigen Weimarer Schulprojekt lagen. Dieses ist zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Zeit geschlossen worden, als die Demokraten wegen der Unterschiede unter dem Kompromißantrag aus der Regierung ausgetreten waren. Heute müssen die Politiker wieder zusammen, was damals versäumt worden ist. Wie weit die sozialdemokratische Ankündigung ernst zu nehmen ist, das ein weiteres Entgegenkommen als das im sozialdemokratischen Antrag ausgesprochene unmöglich sei, müssen die weiteren Ausschlußverhandlungen ergeben. Trotz der Verständigung der Mittelparteien wird der Kampf noch heftig und heftig sein.

Auch hatte das Kurhaus keine Zweck. Phäander nahm das Nachmahl auf seinem Zimmer. Er dachte an Frau Lehmann und seine Freunde nach ihr. Bei den frischen Erdbeeren, die er langsam mit dem lärmenden Löffel zerdrückte, sahen ihm die Dinge so aus.

Aber es war doch wohl das Meer... wenn ich nicht irre, sagte er leise zu sich selber. Später — er hatte es verhofft, von dem elektrischen Licht Gebrauch zu machen, und stellte dessen drei Kerzen angedreht, die in einem Zimmerschrank standen — später trat er auf den kleinen Balkon. Der Mond schwamm über dem Meer. Der Wald lag schwarz um das Haus.

„Über mir lollte es doch im Gestirne gewesen sein...“ sagte er langsam.

4.

In den folgenden Tagen war Phäander sehr ruhig. Er dachte nur dies: „Korbelt, vorbei...“ Die Schnauft wuchs. Es war die Schnauft noch Frau Lehmann nicht nur. Die Herzogin von L. fiel ihm ein, die Rose Kitter, die Schauspielerin Sibyll, die Damen Maria, Elisabeth und Leonida; die Episoden, die Passionen und die Abenteuer; die weithinigen Strümpfe der Frau Lehmann; das Leben, das amüsant war. Und er wußte, das Alter war gekommen, Einsamkeit brach an.

Anfang Juli fiel ihm das Bonmot ein: Cosenova in Dag.

Anfang August beschloß er, abzureisen.

Schließlich... Und so begann er, seine Memoiren zu schreiben.

Eine Wedekind-Premiere in München. In den Münchener Kammerspielen fand die Uraufführung von Franz Wedekinds Pantomime „Die Kaiserin von Neusundland“, musikalisch illustriert von Friedrich Holländer statt. Sie wurde mit lebhaften Beifall aufgenommen.

Riepkepreis. Von den jährlichen Stiftungen des Riepke-Archivs wurde u. a. dem Operntheater Heinrich Nömer ein Ehrenpreis auf Grund seiner umfassenden zweibändigen Gesamtbeschreibung

Meisters (Klinkhardt & Biermann, Berlin, Leipzig) zugesprochen.

Reinhardt als Filmregisseur. Professor Hugo Reinhardt wird im Auftrage einer amerikanischen Filmgesellschaft in Wien und an den historischen Stätten Österreichs einen Film inszenieren, in dem u. a. eine große Anzahl von Mitgliedern der früheren Aristokratie mitwirken wird. Die Aufnahmen für den Film sollen am 30. April beginnen.

Deutsche Belletristik in Amerika. Aus New York (Verlag Funk & Wagnalls) kommt die erste Nummer einer Zeitschrift „International Book Review“, ein stattliches, reich illustriertes Heft. Gezeigt wird auch die deutsche Literatur, nicht bloß die von Herrn Schröder stammende, jene des Orients wieder zu erläutern an. Mit den Herzverserjungen eines gewissen William Hohenzollern wird freilich abgedreht. Dem steht ein Gymnasial- und Jacob Wassermanns Roman „Das Götzenmännchen“ gegenüber, der „an seiner lärmstarken Kraft wie an philologischer Bedeutung zu den lebensvollen und wichtigsten zeitgenössischen Romanen“ zählt. Aus dem Buchhändler-Angelegen erfuhr man, daß der New Yorker Verleger Thomas Nelson die folgenden deutschen Bücher unlangst herausgebracht hat: von Waldemar Bonjels „Die Weiße Madonna“, von Schnitzler die Novelle „Salomon Delman“, von Stefan Zweig das Drama „Jozemias“. Ein in Boston veröffentlichter Sammelband „Repräsentative Schriften kontinentaler Autoren“ enthält Stücke von Schnitzler, Hofmannsthal, Sudermann, Wedekind. Die französische Literatur scheint hingegen zurückgegangen zu sein.

Der Kronprinz und die Frauen. Im Auftrage des Kronprinzen geht das folgende Schreiben der deutschen Presse zu: Durch die Presse geht die Voranzeige des Werkes eines anonymen Herausgebers: „Der deutsche Kronprinz und die Frauen in seinem Leben“. Dem Titel des Buches ist hinzugefügt, daß es „noch authentischen Aufzeichnungen, Belegen und Unterlagen“ verfaßt sei. Hierzu erklärt: Weber der Kronprinz selbst noch ein Werk seiner Umgebung oder seines Freundeskreises stehen mit dieser Publikation in irgendeinem Zusammenhang. Auch können authentische Aufzeichnungen, Belege und Unterlagen nicht in Frage kommen. Im Auftrage: Wildner a. Würzburg, Major a. D. und persönlicher Begleiter.“